

12. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz, 12. Oktober 1950.

163/J Anfrage

der Abg. Neuwirth, Dr. Klautzer und Genossen  
an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe.

Im Werk Simmering-Graz-Pauker (Weizer Waggon-Fabrik), einen verstaatlichten Betrieb in Graz, wurden die beiden VdU-Betriebsräte Norbert Hahn und Rudolf Scheiflinger ohne Zustimmung des Einigungsamtes fristlos entlassen, und zwar wegen Teilnahme am Proteststreik.

In diesem Werk besteht ein Betriebsrat mit absoluter SPÖ-Mehrheit (9 SPÖ, 3 KPÖ und 2 VdU). Der am Donnerstag, den 28. September im Werk gefasste Streikbeschluss unter dem Vorsitz des sozialistischen Betriebsratsobmannes kam mit allen Stimmen der sozialistischen Betriebsräte zustande. Der Beschluss wurde der gesamten Belegschaft vom sozialistischen Betriebs- und Gemeinderat Wagners vorgelegt und einstimmig beschlossen. Trotzdem wurde kein sozialistischer Betriebsrat, sondern am 9. Oktober l. J. die oben genannten zwei VdU-Betriebsräte fristlos entlassen.

Erkundigungen bei der Werksdirektion ergaben, dass die Entlassung über "höhere Weisung" erfolgt ist.

Die gefertigten Abgeordneten gestatten sich an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe folgende

Anfrage:

1. Ist der Herr Bundesminister bereit, eine Erklärung abzugeben, mit welcher Begründung die fristlose Entlassung der demokratisch gewählten zwei VdU-Betriebsräte gefordert wurde?
2. Ist der Herr Bundesminister bereit, eine Erklärung abzugeben, welche Massnahmen er zu treffen gedenkt, dass in Zukunft die demokratischen Rechte, die den Betriebsräten auf Grund des Betriebsrätegesetzes zustehen, auch in den verstaatlichten Betrieben beachtet werden?
3. Ist der Herr Bundesminister bereit, dafür Sorge zu tragen, dass die von der Werksdirektion über höhere Weisung erfolgten fristlosen Entlassungen sofort rückgängig gemacht werden?